



**REPUBLIK ÖSTERREICH**  
Der Bundesminister für Verkehr

II-920 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Pr.Z1. 5906/13-1-1983

**380/AB**

**1984-02-10**

**zu 375/J**

**ANFRAGEBEANTWORTUNG**

betreffend die schriftliche Anfrage  
der Abg. Deutschmann und Genossen,  
vom 15.12.1983, Nr. 375/J-NR/1983,  
"Verbesserung der Postzustellung für  
Einschichthöfe in schwierigen Fällen"

Ihre Anfrage beeche ich mich, wie folgt zu beantworten:

**I. Zum Motiventeil - Verbesserung der Postzustellung.**

Im Interesse der Bevölkerung ländlicher Gebiete hat die Post- und Telegraphenverwaltung in den letzten Jahren nicht nur den Telefonausbau mittels eines Schwerpunktprogrammes forciert, sondern auch die Postversorgung laufend verbessert. Insbesondere konnten 514 Landzustellbezirke mit früher nur 2 bis max. 4 maliger wöchentlicher Zustellung auf 5 malige wöchentliche Zustellung umgestellt werden. Gleichzeitig wurden dabei zahlreiche bisher unversorgte Standorte in den Außenbezirken in die Zustellung einbezogen.

Diese Ausweitung des Kundenservice wurde durch die verstärkte Ausstattung der Landzustellung mit Personalkraftwagen ermöglicht, wobei gleichzeitig auch bessere Arbeitsbedingungen für die Zusteller und ein verbessertes Zustellservice erreicht werden konnten.

Im Interesse der Erhaltung bzw. Schaffung einer ausreichenden Infrastruktur in ländlichen Bereichen werden auch kleine, unwirtschaftlich gewordene Postämter nicht mehr aufgelassen, sondern sogar neue Postämter in diesen Bereichen eingerichtet (z.B. das Postamt 5161 Elixhausen im Oktober 1981 und das Postamt 8785 Hohentauern im November 1983).

- 2 -

Es trifft nicht zu - wie im Motiventeil der Anfrage ausgeführt -, daß die Post immer mehr dazu übergeht, Briefe nur mehr mittels Abgabebriefkästen zuzustellen. Eine verstärkte Aufstellung von Abgabebriefkästen in Landzustellbezirken erfolgte zwar in der Anfangsphase des Motorisierungsprogrammes, wobei aber von Anfang an weitestgehend auf die Interessen der Empfänger, im besonderen auf Sozial- und Notfälle sowie auf schwierige Geländeverhältnisse, Rücksicht genommen wurde.

## II. Zur Frage:

Der in der Anfrage hergestellte Konnex zwischen Ausweitung des Landzustelldienstes und der Schaffung von Arbeitsplätzen besteht nicht, weil die Verbesserung der Landzustellung vor allem durch die forcierte Motorisierung ermöglicht wird. Eine Ausweitung des Landzustelldienstes durch vermehrten Personaleinsatz müßte zur Vermehrung von Planstellen führen. Gerade das hat aber in der Vergangenheit wiederholt zu Kritik in der politischen Diskussion geführt.

Wenngleich die Post- und Telegraphenverwaltung schon aus rein betriebswirtschaftlichen Gründen zu sparsamer Personalverwaltung gezwungen ist, leistet sie ihren Beitrag zur Erhaltung eines hohen Beschäftigungsniveaus; gehen doch 95% ihrer Investitionsmittel in Form von Aufträgen an die österreichische Wirtschaft. Einschließlich der Erfordernisse an Treibstoff und Betriebsmitteln wird die Post- und Telegraphenverwaltung im Jahr 1984 16 Mrd. S an Aufträgen an die österreichische Wirtschaft vergeben.

Im eigenen Bereich werden zusätzliche Arbeitskräfte immer dann eingesetzt, wenn ein solcher Einsatz eine Verbesserung des Kundenservice bedeutet und mit den Grundsätzen der Zweckmäßigkeit, Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit bzw. den allgemein betriebswirtschaftlichen Erfordernissen übereinstimmt.

- 3 -

In diesem Zusammenhang, und um ausgebildetes Personal für die Verbesserung des Kundenservice zur Verfügung zu haben, wendet die Post- und Telegraphenverwaltung den Beschäftigungsmöglichkeiten Jugendlicher große Aufmerksamkeit zu.

Neben der Berufsausbildung Jugendlicher zu Fernmeldemonteuren oder Kraftfahrzeugmechanikern wurde das Programm zur Bereitstellung von Arbeitsplätzen für jugendliche Anlernkräfte kontinuierlich erweitert. Im Jahre 1983 waren bei der Post- und Telegraphenverwaltung bereits 2002 Arbeits- bzw. Ausbildungsplätze vorgesehen, das ist mehr als ein Drittel aller beim Bund beschäftigten Jugendlichen.

Wien, 1984 02 08  
Der Bundesminister

